

18.02.2010 Rede von Wolf Stammnitz im Stadtrat

## **Ratsmitglied Taranczewski (SPD) soll sich entschuldigen**

Vorab eine Klarstellung:

Heute vor einer Woche behauptete das Ratsmitglied Taranczewski, DIE LINKE bediene sich derselben Methoden wie Rechtsextremisten. Wir haben ihn aufgefordert, sich für diese Äußerung öffentlich zu entschuldigen.

Ich will hier jetzt nicht ausbreiten, dass diesem Herrn in seiner Not anscheinend die politischen und moralischen Maßstäbe verrutscht sind. Ich will nur klarstellen: Wir meinen es ernst, wir bestehen auf der Entschuldigung.

Herr Taranczewski, Sie schulden das nicht nur der Linken in diesem Haus und nicht nur allen Linken in Dortmund, sondern auch der SPD. Denn eine solche demagogische Verharmlosung des wieder aufkommenden Nazismus, dem in unserer Stadt schon wieder Menschen zum Opfer fielen, ist auch für Sozialdemokraten unerträglich. Das weiß ich von Sozialdemokraten, die sich uns gegenüber von ihrem Ratsmitglied Taranczewski distanziert haben.

Herr Prüsse, falls Teilen Ihrer Fraktion nicht klar sein sollte, welche Ungeheuerlichkeit Ihr Kollege sich da geleistet hat, bieten wir Ihnen an, mal gemeinsam die Steinwache zu besuchen.

Soviel zur Klarstellung. Nun zu der Politik, die Taranczewski in diese Enge getrieben hat, dass er sich nur noch in plumpeste Demagogie zu retten mußte.

Wie Sie den Medien entnehmen konnten, hatte bereits die Fraktion Die Linken im Rat die Rechnung der Stadtwerke für das Sozialticket angezweifelt und als Versuch gewertet, die Stadt übers Ohr zu hauen. Für diese Bewertung ist es völlig unerheblich, ob das schon beim Vertragsabschluß gelungen ist oder erst mit der Hochrechnung, auf der die Verwaltungsvorlage basiert. Wie Sie wissen, sind wir nicht die einzigen, denen die Defizitrechnung der Stadtwerke unlauter vorkommt.

Jedenfalls stehen der geforderten Ausgleichszahlung unbestreitbar **Mehreinnahmen** durch das Sozialticket in Millionenhöhe gegenüber. Über die ist evtl. im Vertrag zwischen DSW und Stadt nichts ausgesagt, das müssen wir noch prüfen.

Aus diesem Grund hat meine Fraktion um Akteneinsicht bei den Stadtwerken nachgesucht, und nach monatelangem juristischem Tauziehen hat der Stadtwerkevorstand unserem Ersuchen endlich nachgegeben. Das Ergebnis hat unseren Verdacht erhärtet.

Und noch aus einem anderen Grund beantragen wir die Zwischenlösung. Die darin enthaltene Bedingung, für eine Restlaufzeit zwischen dem Ende des Pilotversuchs und dem Ende des individuellen Jahresabonnements den Aufpreis zum normalen Ticket zu zahlen, ist eine Zumutung, von der Sie genau wissen, dass gerade die Abonnenten des Sozialtickets sie nicht leisten können. Folglich ist das nur ein durchsichtiger Trick, um die Zahl der Abonnenten schon weit vor dem Auslaufen des Pilotversuchs herunter zu fahren.